|  |  |
| --- | --- |
| Europäisches Parlament2014-2019 |  |

<Commission>{CULT}Ausschuss für Kultur und Bildung</Commission>

<RefProc>2017/2069(INI)</RefProc>

<Date>{23/10/2017}23.10.2017</Date>

<TitreType>STELLUNGNAHME</TitreType>

<CommissionResp>des Ausschusses für Kultur und Bildung</CommissionResp>

<CommissionInt>für den Petitionsausschuss</CommissionInt>

<Titre>zum Bericht über die Unionsbürgerschaft 2017: Stärkung der Bürgerrechte in einer Union des demokratischen Wandels</Titre>

<DocRef>(2017/2069(INI))</DocRef>

Verfasserin der Stellungnahme: <Depute>Krystyna Łybacka</Depute>

PA\_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Kultur und Bildung ersucht den federführenden Petitionsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont die Rolle von Bildung, Ausbildung, Kultur und Sport im Hinblick auf die Förderung der mit der Unionsbürgerschaft einhergehenden Rechte, der aktiven Bürgerschaft und der Solidarität sowie im Hinblick auf die Stärkung unserer gemeinsamen europäischen Werte auf der Grundlage von Artikel 20 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie Artikel 9 der Vertrags über die Europäische Union; stellt fest, dass EU-Programme wie Erasmus+, „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“, „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ und „Kreatives Europa“ durch Zusammenarbeit und Austausch auf transnationaler und interkultureller Ebene einen Beitrag zu den oben genannten Zielsetzungen leisten;

2. betont, dass das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ein besseres Verständnis der Rechte und Pflichten der EU-Bürger fördert; empfiehlt daher, dass die nächste Generation des Programms mit einer Rechtsgrundlage, die die Einbeziehung des Parlaments als Rechtsetzungsinstanz gleichberechtigt mit dem Rat erlaubt, angenommen und mit mehr Humanressourcen und Finanzmitteln ausgestattet wird, damit die Anzahl der geförderten Projekte gesteigert wird;

3. betont, wie wichtig es ist, im Rahmen des Programms Erasmus+ die Entwicklung übertragbarer Kompetenzen zu fördern, die das interkulturelle Verständnis sowie die aktive Teilhabe an einer vielfältigen Gesellschaft stärken;

4. verweist darauf, dass es kontinuierlicher Anstrengungen bedarf, um das Bewusstsein der EU-Bürger für ihre Rechte zu erhöhen und sicherzustellen, dass diese Rechte in der gesamten EU einheitlich durchgesetzt werden, wobei besonders die Chancen hervorzuheben sind, die sich aus einer EU-Mitgliedschaft ergeben; unterstreicht die Rolle der Bildungseinrichtungen im Hinblick auf die Sensibilisierung junger Menschen für ihre Rechte als EU-Bürger und im Hinblick auf die Förderung der aktiven Bürgerschaft; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, einen gemeinsamen Rahmen für die Vermittlung von Kenntnissen über die EU an Schulen vorzulegen und legt den Mitgliedstaaten nahe, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um einen solchen Rahmen wirksam in die Lehrpläne zu integrieren; teilt zudem die Auffassung der Kommission, dass die Förderung des Bewusstseins über die mit der Unionsbürgerschaft einhergehenden Rechte Zusammenarbeit auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene erfordert; betont daher, dass auf allen Ebenen, insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene, geeignete und spezielle Schulungen durchgeführt werden sollten;

5. ist der Auffassung, dass die Bildungssysteme im Interesse einer wirksamen Sicherstellung gleicher Rechte für alle EU-Bürger erschwinglich und inklusiv sein sollten – insbesondere was die am meisten benachteiligten und schutzbedürftigen Personengruppen betrifft – sowie hochwertige Bildung anbieten sollten, die aktive Bürgerschaft und lebenslanges Lernen, bei dem der wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedarf berücksichtigt werden, fördern;

6. verweist darauf, dass Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte dabei unterstützt werden sollten, Informationen über EU-Rechte und Unionsbürgerschaft in ihren Unterricht aufzunehmen; betont in diesem Zusammenhang, dass Online-Plattformen wie „School Education Gateway“, „Teacher Academy“ und „Open Education Europe“ weiterhin gefördert und weiterentwickelt werden müssen, damit pädagogische Fachkräfte auf innovative, mehrsprachige Unterrichtsmaterialien zugreifen können – unter anderem solche, die an Schüler mit besonderen Bedürfnissen angepasst sind –, die sie dabei unterstützen, die Schüler zum Erwerb von Kenntnissen über die EU anzuregen und zu motivieren;

7. hebt die Rolle hervor, die der Mobilität für die persönliche Entwicklung junger Menschen zukommt, zumal sie den Kenntniserwerb und den kulturellen Austausch fördert und so das Verständnis der aktiven Bürgerschaft und ihrer Praxis verbessert wird; fordert die Mitgliedstaaten auf, EU-Programme zu unterstützen, mit denen die Mobilität gefördert wird;

8. würdigt die Bedeutung von Kunst, Kultur und Wissenschaft als integrale Bestandteile einer aktiven Unionsbürgerschaft; betont deren Rolle für die Stärkung des Gefühls der Zugehörigkeit zur Union, das deren Bürger teilen, sowie für die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und für die Anregung eines interkulturellen Dialogs;

9. fordert, dass Lernende aller Altersstufen in der EU mithilfe der formalen, nicht formalen und informellen Bildung für europäische Werte und Bürgerrechte sensibilisiert werden, damit das interkulturelle Verständnis und die Solidarität in Europa verbessert werden;

10. hält es für wichtig, bei Migranten im Interesse der Erleichterung von deren Integration ein Verständnis der europäischen Kultur und der europäischen Werte zu fördern und durch die Förderung der Ursprungskulturen der Migranten und die Erweiterung von deren wichtigsten bürgerschaftsbezogenen Kompetenzen den interkulturellen Dialog zu stärken;

11. begrüßt die Absicht der Kommission, die politische Beteiligung der Bürger am demokratischen Leben der EU auszubauen; fordert, dass die demokratische Teilhabe gefördert wird, indem die Bürgerdialoge intensiviert werden und das Verständnis der Bürger für die Rolle der EU-Rechtsvorschriften in deren täglichem Leben erhöht und ihr aktives und passives Stimmrecht bei Wahlen auf lokaler und europäischer Ebene, das sie unabhängig von ihrem jeweiligen Wohnort innerhalb der EU innehaben, hervorgehoben wird; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, soziale Medien und digitale Instrumente zu nutzen, insbesondere im Hinblick darauf, die Teilhabe junger Menschen und von Menschen mit Behinderungen zu steigern; fordert die Entwicklung und Umsetzung von Instrumenten der E-Demokratie wie etwa Online-Plattformen, um die Bürger unmittelbarer am demokratischen Leben in der EU teilhaben zu lassen und so ihr Engagement zu stärken;

12. verweist darauf, wie wichtig es ist, den strukturierten Dialog mit den Bürgern über ihre Rechte zu erweitern und zu vertiefen und so die Hindernisse zu ermitteln, auf die die Bürger bei der Ausübung dieser Rechte stoßen, und die Kontrolle und Wirksamkeit von EU-Programmen und -Initiativen auf diesem Gebiet zu verbessern;

13. weist auf die wichtige Rolle der Medien und Dienste der Informationsgesellschaft hin und fordert daher die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen Rechtsrahmen zu schaffen, mit dem die Pluralität und Unabhängigkeit der Medien und der Zugang der Bürger zu objektiven Informationen unterstützt werden;

14. fordert die Kommission auf, spezifische Kriterien, insbesondere in Bezug auf pädagogische Aspekte, auszuarbeiten, um die Umsetzung und Leistung der europäischen Programme zur Förderung einer aktiven Bürgerschaft zu bewerten;

15. betont, dass sichergestellt werden muss, dass Bürger mit Behinderungen und schutzbedürftige Bürger die mit der Unionsbürgerschaft einhergehenden Rechte und Möglichkeiten uneingeschränkt in Anspruch nehmen können; fordert alle EU-Mitgliedstaaten auf, einen EU-Behindertenausweis einzuführen, um die Mobilität für Personen mit Behinderungen in der EU zu erleichtern; betont, dass die Zugänglichkeit von EU-Websites für Personen mit Behinderungen verbessert werden muss;

16. unterstützt die Überarbeitung der Europäischen Bürgerinitiative mit dem Ziel, deren Zugänglichkeit zu erhöhen und deren Nutzung zu erleichtern; betont, dass die Funktionsweise der Europäischen Bürgerinitiative verbessert und ein erhöhtes Bewusstsein für die Initiative in der Öffentlichkeit geschaffen werden muss, damit deren Potenzial im Hinblick auf die Förderung einer aktiven Bürgerschaft und einer demokratischen Debatte vollständig ausgeschöpft werden kann;

17. fordert die Mitgliedstaaten auf, den EU-Arbeitsplan für die Jugend (2016-2018) umzusetzen und den Schwerpunkt dabei auf die Förderung der aktiven Bürgerschaft sowie der sozialen Eingliederung junger Menschen und deren Teilhabe am demokratischen und bürgerschaftlichen Leben in der EU zu legen;

18. betont, dass die hohe Jugendarbeitslosigkeit und Unsicherheit in Bezug auf Möglichkeiten für die Zukunft der Jugend Europas nach wie vor große Sorgen bereiten; verweist in diesem Zusammenhang auf die Erklärung und den Fahrplan von Bratislava mit dem Ziel der „Schaffung einer aussichtsreichen wirtschaftlichen Zukunft für alle Bürger, [der] Bewahrung unserer Lebensweise und [der] Verbesserung der Chancen für junge Menschen“; fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um die Unterstützung junger Menschen fortzusetzen, indem sie ihnen neue Möglichkeiten im Bereich Bildung, Ausbildung und Beschäftigung eröffnet;

19. hebt die Rolle von Praktika und Ausbildungsplätzen hervor, wenn es darum geht, Studierende und Hochschulabsolventen dabei zu unterstützen, praktische Kenntnisse zu erwerben und Berufserfahrung zu erlangen; unterstützt in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer einzigen, zentralen Plattform für grenzüberschreitende Praktika und Ausbildungsplätze, die auch im Zuge der öffentlichen Konsultation vorgeschlagen wurde;

20. betont die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit als wesentlicher Bestandteil von Programmen, die die aktive Bürgerschaft fördern; fordert die Ausarbeitung von Lehrplänen, die sowohl Bildungsinhalte als auch bürgerschaftliches Engagement umfassen, sowie die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit als „anrechnungsfähige“ Tätigkeit;

21. betont, dass ehrenamtliche Arbeit eine vergütete Beschäftigung nicht ersetzen kann, und unterstreicht den grundlegenden Gedanken, dass eine vergütete Beschäftigung das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft schafft und die Einbeziehung in das öffentliche Leben und die Teilhabe daran und dadurch letztendlich bürgerschaftliches Engagement sicherstellt;

22. betont die Rolle, die dem Sport, insbesondere auf der Ebene des Breitensports, zukommt, wenn es darum geht, einen Beitrag zu aktiver Bürgerschaft zu leisten, indem gegenseitiges Verständnis und Respekt unterstützt und zugleich die Werte und Grundsätze der EU gefördert werden; fordert die Kommission auf, weiterhin Initiativen im Bereich des Sports zu fördern, die die Praxis der aktiven Bürgerschaft sowie die bürgerschaftlichen Werte unterstützen und so ein gemeinsames Gefühl der Zugehörigkeit entwickeln.

23. fordert die Kommission auf, Maßnahmen und Initiativen zur Förderung der Bürgerrechte und der aktiven Bürgerschaft weiterhin zu unterstützen; betont, dass neue Initiativen in diesem Bereich die bereits bestehenden ergänzen und sich nicht auf die Haushalte der bestehenden Programme auswirken sollten;

24. begrüßt die Initiative der Kommission zur Einführung eines E-Learning-Tools für lokale und regionale Behörden, das für ein besseres Verständnis und die ordnungsgemäße Umsetzung der Freizügigkeitsbestimmungen sorgen soll, sowie zur Schaffung eines „zentralen digitalen Zugangstors“, über das Bürgern und Unternehmen im EU-Binnenmarkt Informationen bereitgestellt werden; weist darauf hin, dass diese Instrumente kohärente und nutzerfreundliche Informationen in Bezug auf die Bürgerrechte in der EU und deren praktische Umsetzung liefern sollten; weist darauf hin, dass diese Instrumente mit den bestehenden Instrumenten in diesem Bereich, wie etwa „Europe Direct“ oder „Ihr Europa“, verknüpft werden sollten;

25. betont, wie wichtig der Austausch und die Verbreitung bewährter Verfahren sind, um das Wissen über die Rechte der EU-Bürger und deren Teilhabe am bürgerschaftlichen und politischen Leben in der gesamten EU zu erhöhen;

26. betont, wie wichtig es ist, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments und sonstige bekannte Persönlichkeiten Europas insbesondere bei den jungen Menschen ein Bewusstsein für die Rechte der EU-Bürger schaffen;

27. unterstützt die Erstellung und Verbreitung von Pressematerialien und Multimedia-Produktionen in allen Amtssprachen der EU, um das Bewusstsein der EU-Bürger für ihre Rechte zu steigern und ihre Fähigkeit, diese Rechte wirksam durchzusetzen, zu stärken;

28. stellt fest, dass die EU-Bürgerschaft zur Steigerung des Zusammenhalts in der europäischen Gesellschaft beiträgt und so das gegenseitige Verständnis, den interkulturellen Dialog und die transnationale Zusammenarbeit fördert;

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **Datum der Annahme** | 10.10.2017 |  |  |  |
| **Ergebnis der Schlussabstimmung** | +:–:0: | 2420 |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder** | Isabella Adinolfi, Dominique Bilde, Andrea Bocskor, Nikolaos Chountis, Silvia Costa, Mircea Diaconu, Damian Drăghici, Angel Dzhambazki, María Teresa Giménez Barbat, Svetoslav Hristov Malinov, Curzio Maltese, Rupert Matthews, Luigi Morgano, Momchil Nekov, Michaela Šojdrová, Helga Trüpel, Sabine Verheyen, Julie Ward, Theodoros Zagorakis, Bogdan Andrzej Zdrojewski, Krystyna Łybacka |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter** | Michel Reimon, Remo Sernagiotto |
| **Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)** | Miltiadis Kyrkos, Jarosław Wałęsa, Patricija Šulin |

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

|  |  |
| --- | --- |
| **24** | **+** |
| ALDE | Mircea Diaconu, María Teresa Giménez Barbat |
| ECR | Angel Dzhambazki, Remo Sernagiotto |
| EFDD | Isabella Adinolfi |
| GUE/NGL | Nikolaos Chountis, Curzio Maltese |
| PPE | Andrea Bocskor, Svetoslav Hristov Malinov, Michaela Šojdrová, Patricija Šulin, Sabine Verheyen, Jarosław Wałęsa, Theodoros Zagorakis, Bogdan Andrzej Zdrojewski |
| S&D | Silvia Costa, Damian Drăghici, Miltiadis Kyrkos, Krystyna Łybacka, Luigi Morgano, Momchil Nekov, Julie Ward |
| Verts/ALE | Michel Reimon, Helga Trüpel |

|  |  |
| --- | --- |
| **2** | **-** |
| ECR | Rupert Matthews |
| ENF | Dominique Bilde |

|  |  |
| --- | --- |
| **0** | **0** |
|  |  |

Key to symbols:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltungen